
FDP Fulda

ALLGEMEINE IMPFPFLICHT WENIG ZIELFÜHREND

07.12.2021

ALLGEMEINE IMPFPFLICHT WENIG ZIELFÜHREND

Im Zusammenhang mit der kommenden Kreistagssitzung am 6. Dezember erklärt Mario Klotzsche, Vorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag:

"In der kommenden Kreistagssitzung wird der Landrat den Haushalt für das nächste Jahr einbringen. Aktuell sehen wir alle, wie schwierig es angesichts der Pandemie ist, Prognosen abzugeben. Für uns ist entscheidend, dass der Landkreis Fulda und das Gesundheitsamt des Landkreises handlungsfähig bleibt, um alle notwendigen Maßnahmen ergreifen und umsetzen zu können. Die schnelle Beschaffung und Verteilung von Impfstoffen, die Sicherstellung der Kapazitäten in den Krankenhäusern und die flächendeckende Bereitstellung von Tests haben jetzt Priorität."

"Ich persönlich habe Zweifel, ob eine allgemeine Impfpflicht unsere Probleme beseitigen kann. Gegenwärtig ist für Impfwilige zu wenig Impfstoff verfügbar. Manche bekommen Termine für Mai 2022. Solange das so ist, macht die Debatte zur Impfpflicht wenig Sinn. Aber auch wenn alle Menschen geimpft wären, würde es immer noch viele Menschen geben, die erkranken. Aufgrund der hohen Infektionszahlen ist auch eine Wirkung von 90 Prozent nicht ausreichend, um Entwarnung zu geben."

Klotzsche weiter:

"Wer sich aus Gewissensgründen nicht impfen lässt, wird sich auch von einer Impfpflicht, zu deren Durchsetzung ein Bußgeld verhängt wird, nicht beeindrucken lassen. Meine Erfahrung ist, dass man mit dieser Art von Druck und Repression wenig erreicht. Überzeugen, informieren, persönliche Gespräche sind besser, um Zweifel auszuräumen. Außerdem müssen endlich auch alternative Impfstoffe (Totimpfstoffe) zugelassen werden, weil viele Skeptiker durchaus bereit wären, sich dann impfen zu lassen. Auch die Zulassung von Covid19-Medikamenten, die das Risiko von schweren Verläufen um bis zu

90 Prozent senken sollen, muss maximal beschleunigt werden."

"Die zunehmende Spaltung der Gesellschaft, oft auch der Familien, darf nicht durch politische Debatten und provokante Forderungen forciert werden. Der autoritäre Grundton mancher Bemerkungen, die Abfälligkeit mit der über Grundrechte gesprochen wird, sind brandgefährlich."

Klotzsche weiter:

"Am Montag wird auch das Thema ärztliche Versorgung auf der Tagesordnung stehen. Gemeinsam mit der CDU haben wir einen Antrag eingebracht, der die Reduzierung der Öffnungszeiten des ärztlichen Bereitschaftsdienstes thematisiert. Außerdem wollen wir die Zukunftsstudie zur Region Fulda im zuständigen Fachausschuss auf die Tagesordnung setzen und daraus Handlungsfelder ableiten. In unserem dritten Antrag sprechen wir uns für die Prüfung der Nutzung gebäudeintegrierter Solarmodule aus. Kreiseigene Gebäude, z.B. Schulgebäude, könnten in größerem Umfang solare Energie erzeugen und nutzen und damit nicht nur Energiekosten sparen, sondern auch Emissionen vermeiden."